

Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Das Klima ändert sich weltweit. Und mit ihm ändern sich die Lebensbedingungen der Menschen. Die Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind dringend erforderlich, auch wenn wir die in Paris vereinbarten Klimaschutzziele erreichen werden. Eine verantwortungsvolle Klimapolitik baut deshalb auf zwei Säulen auf: der Vermeidung von Treibhausgasen und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die nicht mehr zu vermeiden und heute schon spürbar sind.

Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Zu einer vorsorgenden Klimapolitik gehören konsequenter Klimaschutz und eine umfassende Klimaanpassung. Erforderlich sind eine gemeinschaftliche Anstrengung und ein koordiniertes Handeln auf allen staatlichen Ebenen. Die Bundesregierung hat bereits im Jahr 2008 mit der **Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS)** den strategischen Rahmen gesetzt, um Deutschland langfristig klimagerecht und widerstandsfähig (resilient) zu gestalten.

Im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie arbeiten alle Bundesressorts und 28 Bundesoberbehörden in einem übergreifenden Behördenetzwerk intensiv zusammen. Nach dem Ersten Fortschrittsbericht in 2015 zieht die Bundesregierung mit dem [Zweiten Fortschrittsbericht](#) erneut Bilanz. Es werden über 180 Politikinstrumente bzw. Maßnahmen vorgelegt, mit denen der Bund in Deutschland die Anpassung an die bereits bestehenden und künftigen Folgen des Klimawandels sicherstellt.

Als federführendes Ressort hat das BMU verschiedene Aspekte der Klimaanpassung in Deutschland bereits aktiv in die nachfolgenden Förderprogramme und Strategien aufgenommen:

BMU-Programm zur Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel

Ziel des Förderprogramms [„Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“](#) ist es, regionale und kommunale Akteure sowie Bildungseinrichtungen und mittelständische Unternehmen darin zu unterstützen, innovative Konzepte und Modellprojekte zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln. Seit Beginn des Förderprogramms im Jahr 2011 wurden rund 300 Einzelvorhaben mit einem Gesamtfördervolumen in Höhe von 40,2 Millionen Euro bewilligt.

Das Programm wird derzeit novelliert und im 1. Quartal 2021 veröffentlicht werden. Es soll verstärkt auf ein nachhaltiges Anpassungsmanagement ausgerichtet sein.

BMU-Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“

Die Klimaanpassung hat auch Eingang in das Konjunktur- und Zukunftspaket gefunden, das die Bundesregierung zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie auf den Weg gebracht hat. In den Jahren 2020 bis 2023 stellt das BMU im Rahmen des **neuen Förderprogramms** [„Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“](#) insgesamt 150 Millionen Euro bereit.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat sich dafür eingesetzt, dass gezielt die sozialen Einrichtungen unterstützt werden, die gerade auch in der Corona-Krise besondere Leistungen für die Gesellschaft erbringen. Gleichzeitig kümmern sie sich um Bevölkerungsgruppen, die von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen sind. Das Förderprogramm ermöglicht es sozialen Einrichtungen wie etwa Pflegeheimen, das Personal und die Bewohner*innen z.B. durch Dach- und Fassadenbegrünung oder Sonnenschutz vor langanhaltenden Hitzewellen zu schützen und deren Arbeits- und Lebensqualität zu verbessern.

Nationale Klimaschutzinitiative

Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle, wenn es um Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung geht.

Das BMU stellt den Kommunen mit der [Nationalen Klimaschutzinitiative \(NKI\)](#) umfangreiche Fördermittel für konkrete Klimaschutzmaßnahmen vor Ort bereit. Die Bundesregierung hat zudem das Konjunkturpaket klimafreundlich gestaltet, damit notwendige Zukunftsinvestitionen auch in der Corona-Krise getätigt werden können. Für den kommunalen Klimaschutz stellt das BMU bis Ende 2021 100 Millionen Euro zusätzlich für die NKI bereit.

Nationaler Wasserdialog und Nationale Wasserstrategie

Als Folge des Klimawandels wird unter anderem das Wasserdargebot knapper, zugleich steigt der Wasserbedarf in der Wirtschaft und Gesellschaft. Noch besteht kein Anlass für Besorgnis: Wir brauchen in Deutschland keinen Wassernotstand zu fürchten. Doch im Sinne der Klimaanpassung gibt es gute Gründe, sich bereits heute Gedanken über den natürlichen Wasserhaushalt und die Wasserwirtschaft der Zukunft zu machen.

Die Ergebnisse des [Nationalen Wasserdialoges](#) des BMU, vorgestellt am 08.10.2020, bilden die Grundlage für eine hieraus abzuleitende **Nationale Wasserstrategie**. Bundesumweltministerin Svenja Schulze wird diese Strategie im Frühsommer 2021 vorstellen.

Die Nationale Wasserstrategie soll Wege vorgeben, wie auch in Zeiten des Klimawandels eine sichere und gute Wasserversorgung gewährleistet werden kann. Zugleich sollen der natürliche Wasserhaushalt erhalten und dabei die Flüsse und Gewässer in einen guten ökologischen Zustand gebracht werden.

Europäische Anpassungsmaßnahmen

Die deutsche Klimaschutzpolitik ist mit der europäischen eng verbunden. Der **Europäische Grüne Deal** (European Green Deal) ist das neue Schlüsselprojekt der EU-Kommission. Er zeigt, wie eine nachhaltige Transformation gelingen kann. Seine Maßnahmen sind vielseitig. Übergeordnetes Ziel des European Green Deal ist die EU-weite Treibhausgas-Neutralität bis zum Jahr 2050.

Im Rahmen des European Green Deal wird die EU-Kommission Anfang 2021 eine neue, ehrgeizige **EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel** verabschieden, um die Bemühungen zur Sicherung der Klimaverträglichkeit und zur Vorsorge zu verstärken.

Der Klimawandel fordert eine gemeinsame europäische Kraftanstrengung. Einige – vor allem südeuropäische EU-Mitgliedstaaten – werden von den Folgen des Dürren und Hitzewellen noch stärker betroffen sein als Deutschland. Aber auch die Niederlande oder Norddeutschland müssen sich z. B. mit weiteren Küstenschutzmaßnahmen auf den Anstieg des Meeresspiegels vorbereiten.

EXKURS: Welche Folgen hat der Klimawandel?

Die Folgen der Erderhitzung sind bereits heute in Deutschland spürbar: Die drei heißen und trockenen Sommer 2018 bis 2020 sowie Starkregen und Überschwemmungen in den Jahren 2016 und 2017 bringen den Klimawandel stärker ins öffentliche Bewusstsein. Folgen für die menschliche Gesundheit, die Land- und Forstwirtschaft sowie für Gebäude und Infrastrukturen werden offensichtlicher. Und auch in der Natur gibt es Entwicklungen wie die Verdrängung oder Einwanderung von Tier- und Pflanzenarten, die ihrerseits Auswirkungen für den Menschen und seine wirtschaftlichen Aktivitäten haben. Für den Sommer 2018 ermittelte das Robert-Koch-Institut (RKI) für Berlin und Hessen insgesamt etwa 1.200 hitzebedingte Sterbefälle. Die Trockenheit traf auch die Landwirtschaft in Form von Ernteausfällen: Bund und Länder haben Dürrehilfen in Höhe von 340 Millionen Euro bereitgestellt. Darüber hinaus entstanden laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) im Jahr 2018 2,6 Milliarden Euro an versicherten Schäden an Häusern, Gewerbe- und Industriebetrieben durch Stürme, Hagel und Starkregen.

Folgen der Erderhitzung in Deutschland

Bereits heute sind Folgen des Klimawandels in Deutschland spürbar und messbar

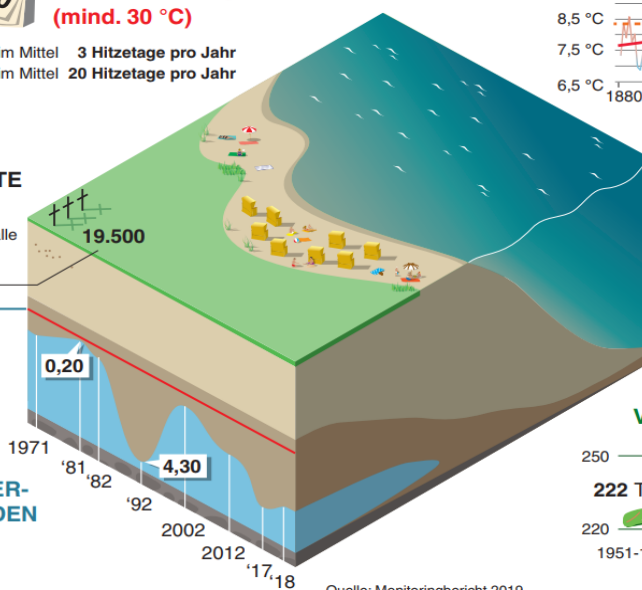


HITZEBEDINGTE TODESFÄLLE

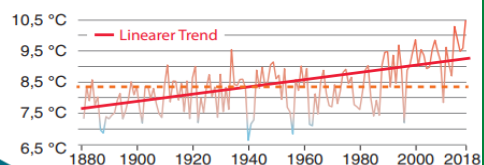
Hitzebedingte Todesfälle in den Hitzesommern 2003, 2006 und 2015

Anzahl der Monate mit Unterschreitung der Referenzwerte (Durchschnittswerte 1971-2000)

NIEDRIGE GRUNDWASSERSTÄNDE WERDEN HÄUFIGER



MITTLERE LUFTTEMPERATUR IST UM 1,5° IN DEUTSCHLAND GESTIEGEN



DER MEERESSPIEGEL STEIGT
(am Beispiel Cuxhaven)

+8,9 cm

DAUER DER VEGETATIONSPERIODE

Quelle: Monitoringbericht 2019

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen die Grundlagen und alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft. Für eine umfassende Vorsorge und zügige Linderung der akuten klimabedingten Belastungen und künftigen Veränderungen des Klimas braucht es daher eine Vielfalt an Lösungsansätzen. Klimaanpassung ist ein Querschnittsthema. Klimaanpassung ist dann erfolgreich, wenn sie in allen Handlungsbereichen und Entscheidungen berücksichtigt wird. Das Ziel ist, die Klimaanpassung in alle Politikbereiche zu verankern, d.h. in andere Maßnahmen zu integrieren oder an laufende Planungsverfahren anzudocken und Verknüpfungen mit anderen gesellschaftlichen Prozessen und Handlungsfeldern herzustellen. Außerdem müssen wir jetzt und mit langfristiger Perspektive handeln, denn z.B. die Infrastruktur- und Raumplanungen von heute werden bis über 2050 hinaus wirksam sein.